

## **Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Direktion für Wirtschaftspolitik  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

20. November 2018

### **Vernehmlassung zum Indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, hat mit Schreiben vom 22. August 2018 die Kantone zur Vernehmlassung zum Indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative eingeladen. Wir nehmen dazu gerne Stellung.

Die am 12. Dezember 2017 eingereichte Eidgenössische Volksinitiative "Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)" fordert die Gewährleistung der diskriminierungsfreien Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im Ausland sowie die Verhinderung von Wettbewerbsbeschränkungen, die durch einseitiges Verhalten von marktmächtigen Unternehmen verursacht werden. Die Initiative will, dass Schweizer Unternehmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen grundsätzlich Waren und Dienstleistungen im Ausland zu den dort praktizierten Preisen und sonstigen Geschäftsbedingungen beziehen können. Damit sollen die Preise in der Schweiz gesenkt werden.

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) unterstützt der Bundesrat das Anliegen, Massnahmen gegen ungerechtfertigt hohe Preise auf dem Schweizer Markt zu ergreifen. Dieser Vorschlag steht im Einklang zum Hauptanliegen der Fair-Preis-Initiative (Senkung der Preise in der Schweiz).

Der Indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates zur Fair-Preis-Initiative nimmt einige Punkte der Initiative nicht auf, so etwa das Verbot des privaten Geoblockings oder die generelle Einführung der relativen Marktmacht. Aus unserer Sicht genügt der Vorschlag des Bundesrates nicht, um ausreichende Massnahmen gegen zu hohe Preise auf dem Schweizer Markt zu ergreifen. Wir fordern deshalb eine Nachbesserung im Sinne der Parlamentarischen Initiative Altherr (14.449) und unterstützen die Stellungnahme der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK ausdrücklich.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Roland Heim  
Landammann

sig.  
Andreas Eng  
Staatsschreiber